

Offenbar lügt das RKI weiter, aber Medien und Politik wollen selbst „aufklären“

Das Portal Multipolar hat auf Herausgabe interner Daten des RKI aus der Corona-Zeit geklagt und diese dann veröffentlicht. Medien und Politik laufen Sturm gegen diese journalistische Arbeit und fordern, dass die Aufarbeitung von denen betrieben werden sollte, die den Schlamassel angerichtet haben.



von **Anti-Spiegel**

27.03.2024

Es ist wieder einmal absurd, was Medien und Politik in Deutschland treiben. Inzwischen ist bekannt, dass die Kritiker der Corona-Politik der Bundesregierung in praktisch allen Punkten richtig lagen. Entgegen dem, was Medien und Politik bei Einführung der „Impfstoffe“ verkündet haben, sollten (und konnten) die „Impfstoffe“ [keine Infektion verhindern](#). Trotzdem wurden Ungeimpfte mit den G-Regeln diskriminiert und teilweise aus dem gesellschaftlichen Leben ausgeschlossen, weil sie angeblich das Virus verteilen würden, was Geimpfte aber genauso getan haben, weil die [„Impfstoffe“](#) ja keine Infektionen verhindert haben.

Auch die dusseligen Abstandsregelungen inklusive dem zeitweiligen Verbot, sich in Parks entspannt auf eine Bank zu setzen, waren Unsinn und hatten „keine wissenschaftliche Grundlage“, wie der in den USA seinerzeit für den Kampf gegen Covid verantwortliche Dr. Fauci Anfang Januar 2024 (also mit fast vier Jahren Verspätung) in einer [Parlamentsanhörung](#) ausgesagt hat.

Zur Erinnerung: Regierungen und Medien haben ab 2020 gebetsmühlenartig wiederholt, man solle in Sachen Corona-Maßnahmen auf „die Wissenschaft“ hören, die all die Einschränkungen angeblich empfohlen hat, was – wie wir nun wissen – ebenfalls gelogen war, denn es gab dafür „keine wissenschaftliche Grundlage“.

Auch die harten Lockdowns waren vollkommen überzogen und haben mehr Schaden angerichtet als sie Nutzen gebracht haben. Das geben inzwischen auch die damals verantwortlichen Politiker vereinzelt zu, wenn sie einräumen, dass diese oder jene Maßnahme überzogen und nicht hilfreich war, sondern – zum Beispiel bei Kindern – Schaden angerichtet hat.

Hinzu kommt, dass wir heute aus den Zahlen zur Übersterblichkeit wissen, dass Covid keineswegs die gefährliche Seuche war, als die der „chinesische Schnupfen“ präsentiert wurde, denn in Ländern, die keine oder nur geringe Einschränkungen verhängt haben, ist das Massensterben ausgeblieben. Es wäre auch ohne strenge Lockdowns und G-Regeln nicht viel passiert.

Trotzdem rechtfertigen Medien und Politik die harten Maßnahmen (und die wenigen Fehler, die sie eingestehen) damit, dass sie unterm Strich alles richtig gemacht und eine große Katastrophe verhindert hätten. Dabei seien natürlich auch einige Fehler gemacht worden, das komme eben vor, aber im Großen und Ganzen habe die Politik richtig und verantwortungsvoll gehandelt.

Die Rolle der Medien

Eigentlich wäre es die Aufgabe der Medien als „vierte Macht im Staate“, der Regierung genau auf die Finger zu schauen. Würden die Mainstream-Medien das tun, müssten sie die Verantwortlichen mit Fragen zu den oben genannten und zu noch einigen Themen mehr (zum Beispiel zu den [Kaufverträgen der „Impfstoffe“](#) oder zu den [Kosten der Vernichtung](#) der überzähligen Impfdosen) bombardieren und Aufklärung fordern. Das tun sie aber nicht.

Mehr noch: Wenn nun das Portal Multipolar diese Aufgabe übernimmt und erfolgreich auf Herausgabe der RKI-Akten klagt, diese analysiert und dann auch [veröffentlicht](#), dann fallen die Mainstream-Medien über Multipolar her.

Es wird wohl noch einige Zeit dauern, bis die über tausend, teilweise geschwärzten Seiten vom RKI wirklich ausgewertet sind, aber eines lässt sich jetzt schon sagen: Das RKI hat offenbar auch nach der Veröffentlichung der Akten gelogen.

Der geschwärzte Name

In einem ersten [Artikel](#) hat Multipolar am 18. März 2024 auf eine Passage aus dem März 2020 hingewiesen und schreibt unter Veröffentlichung eines Bildes der entsprechenden Akte:

„Den wesentlichen Hinweis darauf liefert das Protokoll vom Montag, dem 16. März, in dem es heißt: „Am Wochenende wurde eine neue Risikobewertung vorbereitet. Es soll diese Woche hochskaliert werden. Die Risikobewertung wird veröffentlicht, sobald [geschwärzt] ein Signal dafür gibt.““

Daraus folgerte Multipolar anschließend:

„„Es soll diese Woche hochskaliert werden“ – offenbar ein politischer Beschluss, kein wissenschaftlicher, zudem abrupt und überraschend, ohne jede Andeutung in den vorhergehenden Protokollen und ohne dass grundlegende Kennzahlen sich maßgeblich geändert hätten. Das Protokoll vermerkt, dass „VPräs“ diese Information dem Krisenstab präsentierte, also RKI-Vizepräsident Lars Schaade. Man warte nur noch auf das „Signal“ zur Umsetzung, das der im Protokoll geschwärzte Akteur geben würde.

Vielleicht war das Jens Spahn, vielleicht auch jemand anderes. Am nächsten Tag jedenfalls verkündete Wieler die Hochstufung.“

Die neue Lüge des RKI

An dieser Passage haben sich danach fast alle Medien in Deutschland, ob Mainstream oder nicht, abgearbeitet. Der Spiegel beispielsweise schrieb dazu am 27. März unter der Überschrift [„Aufarbeitung der Pandemie – Warum eine Kommission zur Coronapolitik notwendig ist“](#):

„Im RKI diskutierte der Krisenstab, die Risikobewertung von »mäßig« auf »hoch« zu setzen. Die neue Stufe solle veröffentlicht werden, sobald das Signal dafür gegeben werde, hieß es in dem Eintrag. Der Name der Person, die dies final entscheiden sollte, war geschwärzt. Daraus zog »Multipolar« den kühnen Schluss, es müsse sich um eine politische Anweisung handeln. Doch im Protokoll stand weder der Name eines Ministers noch der Name der Kanzlerin. Das RKI teilte später mit, der Name eines Mitarbeiters sei geschwärzt worden. Man habe ihn so schützen wollen, etwa vor Angriffen aggressiver Coronaleugner. Die wilde Theorie vom »externen Akteur« aber war da schon in der Welt.“

Inzwischen (genauer gesagt, seit dem Abend des 26. März) ist praktisch sicher, dass das RKI gelogen hat, wenn es erklärt hat, „der Name eines Mitarbeiters sei geschwärzt worden“, um ihn „zu schützen“, denn offensichtlich handelt es sich dabei um keinen Mitarbeiter des RKI, sondern um Dr. Hans-Ulrich Holtherm, einen Generalstabsarzt der deutschen Bundeswehr.

Das hat Tom Lausen in einer [Homeoffice-Sendung von NuoViso](#) live in der Sendung ermittelt, als in der Sendung darüber diskutiert wurde. Lausen ließ seine Software in den Akten nach dem Namen Holtherm suchen und die Software wurde prompt fündig und sofort wurde deutlich, dass er die mysteriöse Person sein muss, was sich auch dadurch bestätigte, dass die Schwärzung die Länge hat, die man braucht, um den Namen Holtherm in der entsprechenden Schrift zu schwärzen.

Damit ist klar, dass Multipolar mit seiner Vermutung recht hatte, dass das „offenbar ein politischer Beschluss, kein wissenschaftlicher“ war, denn Holtherm war Anfang 2020 Leiter des „Krisenstabes CORONA-Pandemie“ im Bundesgesundheitsministerium und leitete auch den ressortübergreifenden „Gemeinsamen Krisenstab BMI-BMG COVID 19“ auf ministerieller Abteilungsleiterenebene, wie man in seiner offiziellen [Biografie auf der Seite der Bundeswehr](#) nachlesen kann. Dort steht:

„Während seiner Verwendung im BMG übernahm Holtherm auch die Aufgabe als Leiter des „Krisenstabes CORONA-Pandemie“ des Gesundheitsministeriums und leitete gemeinsam mit dem Abteilungsleiter Öffentliche Sicherheit (ÖS) des Bundesministeriums des Inneren (BMI), den ressortübergreifenden „Gemeinsamen Krisenstab BMI-BMG COVID 19“ auf ministerieller Abteilungsleiterenebene. Gegenüber der Europäischen Union (EU) war er in dieser Zeit als Chief Medical Officer (CMO) der Bundesrepublik Deutschland benannt.“

Lausen dürfte mit seiner Einschätzung also recht haben, es sei denn, dass der Name des angeblichen RKI-Mitarbeiters zufällig genauso lang ist, wie der von Holtherm. Aber das könnte das RKI ja umgehend aufklären, indem es die Akte ungeschwärzt veröffentlicht.

Wenn Lausen Recht hat, bedeutet das, dass das RKI auch nach der Veröffentlichung seiner Akten gelogen hat, um zu vertuschen, dass die Corona-Entscheidungen nicht auf irgendeiner Art „wissenschaftlicher“ Grundlage getroffen wurden, sondern von der Politik vorgegeben wurden. Wie war das noch mit „vertrauen Sie der Wissenschaft“?

Bemerkenswert ist, dass Holtherm in den RKI-Akten bereits Mitte März 2020 in Erscheinung getreten ist, obwohl er seinen Posten als Leiter aller möglichen Stäbe bei der Bundesregierung gemäß seinem Lebenslauf bei der Bundeswehr erst am 1. April 2020 angetreten hat. Das wirft weitere Fragen darüber auf, wie damals die Entscheidungen getroffen wurden und wer sie getroffen hat.

Bloß keine Aufklärung!

Ich habe die vielen Artikel, die alleine der Spiegel zu dem Thema in diesen Tagen veröffentlicht hat, nur überflogen, aber das reichte, um festzustellen, dass sie alle den gleichen O-Ton haben: Bloß keine unabhängige Aufklärung!!!

In dem schon zitierten Spiegel-Artikel klang das so:

„Es ist gut, wenn sich Menschen die Mühe machen, Dokumente über die damalige Coronapolitik auszuwerten. Es ist gut, wenn Gerichte dieses Anliegen unterstützen. Nicht gut ist es, wenn vor allem diejenigen aufklären, die nur einen Anlass suchen, sich in ihrer Antihaltung gegen den Staat und seine Vertreter bestätigt zu sehen.“

Der Spiegel wirft den Kritikern der Corona-Politik der Bundesregierung also vor, dass „die nur einen Anlass suchen, sich in ihrer Antihaltung gegen den Staat und seine Vertreter bestätigt zu sehen“. Um das zu verhindern, fordert der Autor des Spiegel-Artikels im nächsten Absatz:

„Deshalb sollte die Politik sich selbst darum bemühen, ihre Entscheidungen während der Coronazeit zu untersuchen. Der Bundestag sollte dafür eine Enquetekommission einsetzen.“

Im Klartext: Die gleichen Politiker, die alle einhellig für die Corona-Politik gestimmt haben und für das alles verantwortlich sind, sollen nun ihr eigenes Vorgehen selbst untersuchen, während die Kritiker dieser Politik, deren Kritik sich im Nachhinein praktisch komplett bestätigt hat, außen vor bleiben sollen. Was würde wohl dabei herauskommen?

Ich nehme ein bewusst harmloses Beispiel, man könnte auch härtere nehmen: Das wäre so, als wenn man nach einer fahrlässigen Körperverletzung fordert, dass der Täter selbst ermitteln soll, ob er sich schuldig gemacht hat. Genauso, wie die Politiker im Bundestag, würde er nach einer ausführlichen Untersuchung seiner eigenen Tat kaum zu dem Schluss kommen, dass er etwas falsch gemacht hat.

Ethik?

Wie gesagt, gibt es in diesen Tagen zu dem Thema viele Artikel alleine im Spiegel, die alle in die gleiche Richtung gehen. Und natürlich werden auch Leute interviewt, die angeblich für Ethik stehen. So hat der Spiegel beispielsweise die Vorsitzende des Ethikrats, Alena Buyx, dazu interviewt. Wen der Spiegel hingegen nicht interviewt hat, sind beispielsweise die Rechercheure von Multipolar.

Alena Buyx hat in dem [Spiegel-Interview](#) das getan, was sie immer tut: Sie hat mitgeteilt, dass sie sich keiner Schuld bewusst ist.

Zur Erinnerung sei gesagt, dass der berühmte Ausspruch „Jede Dosis muss in einen Arm“ vom Februar 2021 von ihr kam, denn Buyx war eine der lautesten Vertreterinnen der radikalen Corona- und Impfmaßnahmen. Im Spiegel wurde sie in dem aktuellen Interview nach Selbstkritik gefragt und sie antwortete dazu schlicht:

„Ich sage Ihnen gern, was wir besser hätten machen müssen, das ist kein Geheimnis: Der Ethikrat hat sich viel zu spät intensiver mit den Kindern und Jugendlichen befasst. Zwar habe ich in Talkshows und Interviews viel darüber geredet, auch als Mutter, wie fantastisch solidarisch Kinder und Jugendliche sich verhalten haben, und dass wir Älteren das zurückgeben müssen. Aber der Ethikrat hätte natürlich eine Empfehlung dazu schreiben sollen! Zu den Hochaltrigen, die acht, neun Monate nicht aus ihrem Zimmer im Pflegeheim herausgekommen sind, haben wir etwas gemacht, ein Mindestmaß an sozialen Kontakten eingefordert – zu den Kindern haben wir nichts veröffentlicht! Das war falsch, und das bedaure ich zutiefst, bis heute.“

Angesichts von [drei Millionen von Kindern](#), die durch die Lockdowns schon Anfang 2021 psychisch auffällig geworden sind, und angesichts der Millionen Menschen, die die Lockdowns als kleine Unternehmer fast oder wirklich ruiniert haben, möchte man sagen: „Wow, das ist aber wirklich richtig doll selbstkritisch von Frau Buyx!“

Die Angst vor einer Aufarbeitung

Tatsächlich weiß Buyx ganz genau, dass sie im Falle einer kritischen, neutralen und objektiven Aufarbeitung ein echtes Problem hätte. Das hat sie auch schon öffentlich gesagt. Buyx ist nämlich im November 2023 im Verein Presseclub München bei einer [Diskussion](#) aufgetreten, bei der es um die Fehler der Corona-Zeit ging. Buyx behauptete dort, die Fehler würden in Deutschland aufgearbeitet.

Danach nahm sie die Medien in die Pflicht, nicht allzu sehr über die Fehler aus der Zeit zu berichten, denn es gebe ein tiefes Bedürfnis danach, Schuldige zu suchen, das nicht durchbrechen dürfe. Der Grund sei, dass das nicht nur Politiker treffen würde, sondern – an dieser Stelle zeigte Buyx mit ausgestrecktem Zeigefinger auf die Journalisten im Saal – auch die Medien:

„Sie wären da ja nicht außen vor. Das wissen Sie ganz genau.“

Buyx hat den anwesenden Mainstream-Journalisten damit im Grunde gedroht, dass auch sie im Falle einer objektiven Aufklärung Probleme bekommen würden, weil die Medien damals der Linie der Regierung blind gefolgt sind und das Corona-Panik-Spiel mit befeuert haben, anstatt die Politik der Regierung kritisch zu hinterfragen.

Buyx sagte weiter:

„Das ist meine Sorge, dass das genutzt würde, dass Zweifel gesät wird an diesen demokratischen Institutionen, an der Politik insgesamt: Es war alles falsch, es war alles böse, Sie haben falsch berichtet, Sie hatten alle den Maulkorb, Sie waren gleichgeschaltet und so ... all diese Geschichten, die man im Moment hört, das müsste man vermeiden.“

Die Medien als Mittäter

Dass Buyx die Journalisten vor den Folgen für sie selbst gewarnt hat, dürfte einen einfachen Grund haben, denn Buyx ist natürlich klar, dass auch sie selbst andernfalls „nicht außen vor wäre“, wenn eine Aufarbeitung die Verantwortlichen nennt und dann gefordert wird, dass die zur Verantwortung gezogen werden.

Daher ist es wenig überraschend, dass die Mainstream-Medien wie wild auf Multipolar eindreschen, denn die Journalisten und Redakteure der Mainstream-Medien sind genauso wenig an einer Aufarbeitung der Corona-Zeit interessiert, wie die verantwortlichen Politiker. Daher ist die Forderung der Medien, die Politiker sollten das aufarbeiten, nur allzu verständlich.

Und es ist auch schon klar, was dabei rauskommt, wenn sich der Bundestag vielleicht irgendwann mal auf eine Kommission einigt, die das aufarbeiten soll: Nach jahrelangen Sitzungen würde ein nichtssagender Bericht veröffentlicht werden.

Und Frau Buyx, die als Chefin der Ethikkommission sicher daran mitarbeiten würde, hat bei der Diskussion im Verein Presseclub München auch schon gesagt, was ein möglicher Abschlussbericht ihrer Meinung nach enthalten sollte, nämlich sinngemäß ein unbestimmtes:

„War sicher nicht alles gut, hat man sicherlich hier und da etwas zu wenig gemacht, der eine Lockdown kam zu spät, der andere war zu lang, zu intensiv“

So sieht Aufarbeitung nach Meinung der Chefin des Deutschen Ethikrates, die selbst an all dem beteiligt war, aus: Sie gibt schon vorher vor, was bitte schön in einem Abschlussbericht zu stehen hat.

Schön, dass wir damit schon heute, also noch bevor eine Kommission des Bundestages eingesetzt wurde, wissen, was die Kommission uns als Abschlussbericht präsentieren wird.